

Initiativantrag

der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend gerechte Finanzierung der Johannes Kepler Universität Linz durch den Bund

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung im Zuge der Erstellung eines Modells zur Universitätsfinanzierung dafür einzusetzen, dass

- es zu keiner Verschlechterung sondern einer Verbesserung der aktuell finanziell benachteiligten Johannes-Kepler-Universität in Linz gegenüber den anderen großen österreichischen Universitäten kommt,
- die bereits bestehenden Zugangsbeschränkungen nicht weiter verschärft werden und keine neuen Zugangsbeschränkungen geschaffen werden,
- die Vielfalt der universitären Angebote erhalten bleibt und
- die Qualität der Lehre dadurch keinesfalls verschlechtert werden darf.

Begründung

Die Bundesregierung hat sich im überarbeiteten Regierungsprogramm 2017/18 das Ziel zur Weiterentwicklung der heimischen Universitäten in Richtung Weltspitze gesetzt. Dieses Ziel unterstützen die unterzeichneten Abgeordneten. Um zur Weltspitze aufzuschließen, sollen die Studienqualität erhöht, die Betreuungsverhältnisse verbessert und die soziale Durchmischung der Studierenden gesteigert werden. Eines der Mittel dazu stellt für die Bundesregierung neben der erforderlichen Steigerung des Universitätsbudgets die Einführung eines Studienplatzfinanzierungsmodells dar.

Die aktuell medienöffentlich kommunizierte Grundlage dieses Studienplatzfinanzierungsmodells würde jedoch zu einer massiven Benachteiligung der Johannes Kepler Universität in Linz führen. Nur 3 Prozent des zusätzlichen Unibudgets (1,35 Mrd Euro für 2019-2021) kämen nach Linz. Das widerspricht den im Regierungsprogramm selbst gesetzten Zielen (Ausbau der MINT-Studienplätze, Förderung von berufsbegleitenden Studien). Ebenso missachtet dieser Entwurf die bereits bestehende budgetäre Benachteiligung der JKU Linz (erhält nur 4,5% des bundesweiten Unibudgets) gegenüber den anderen großen österreichischen Universitäten in Wien oder Graz. Das aktuelle Modell

der Studienplatzfinanzierung muss daher umfassend überarbeitet werden, um jedwede weitere Benachteiligung der JKU Linz auszuschließen und die positive Weiterentwicklung des Universitätsstandorts Linz zu ermöglichen. Ein zukunftsorientiertes Modell muss sogar danach trachten, die JKU Linz zu stärken, weil gerade sie als vergleichbar junge Universität große Verdienste im Bereich der MINT-Studienfächer vorzuweisen und auch visionäre Modelle wie das Online-Studium der Rechtswissenschaften als attraktive Möglichkeit für berufsbegleitendes Studieren ermöglicht hat.

Die unterzeichneten Abgeordneten erklären hiermit ausdrücklich, dass das Modell zur Studienplatzfinanzierung nicht zu weiteren Zugangsbeschränkungen für Studierende führen darf. Zudem muss die bestehende Vielfalt der universitären Angebote auch in Hinkunft erhalten bleiben. Die Qualität der Lehre darf durch das neue Finanzierungsmodell nicht gefährdet werden.

Weil das Konzept zur Studienplatzfinanzierung laut Regierungsprogramm bereits im Juni 2017 vorgelegt werden soll, ist dieses Anliegen dringlich im Sinne Oberösterreichs und der Weiterentwicklung des Universitätsstandorts Linz.

Linz, am 15. Mai 2017

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Promberger, Makor, Rippl, Binder, Bauer, Krenn, Peutlberger-Naderer, Müllner, Schaller, Weichsler-Hauer, Punkenhofer